

Bevölkerung zahlt für Pestizidsünden

Weil die Abbauprodukte von Chlorothalonil das Wasser noch bis zu 20 Jahre belasten, müssen die Gemeinden Millionen in ihre Anlagen investieren.



Massnahmen kosten mehrere Millionen: Roman Wiget, Chef der Seeländischen Wasserversorgung. Foto: Nicole Philipp

Bauern versprühten jährlich 30 Tonnen des hoch umstrittenen Pestizids Chlorothalonil auf ihren Feldern. Bis der Bund das Pestizid per 1. Januar 2020 verboten und alle seine Abbauprodukte dem Trinkwasser-Grenzwert unterstellt hat. Nun zeigt sich: Die Bevölkerung wird für die Sünden der Landwirtschaft teuer bezahlen müssen. Denn vielerorts enthält das Trinkwasser Abbauprodukte von Chlorothalonil, welche den Grenzwert überschreiten. Sie zersetzen sich extrem langsam und werden das Wasser noch bis zu 20 Jahre belasten. Deshalb müssen quer durch das Mittelland unzählige Trinkwasserversorgungen teuer saniert werden. André Olschewski vom Schweizerischen Verband der Trinkwasserversorger SGVW

Mischa Aebi

Redaktor Politik

@sonntagszeitung

Weiteren Pestiziden droht ein Verbot

In jüngster Zeit ist eine weitere Gruppe von Pestiziden – die Pyrethroide – aufgrund ihrer hohen Toxizität für Wasserlebewesen in die Kritik geraten. Nun reagieren die Bundesbehörden auch hier unter Druck. Das Bundesamt für Landwirtschaft bestätigt, dass es für sechs dieser Stoffe eine «gezielte Überprüfung» durchführt.

Dies könnte zu Einschränkungen ihrer Verwendung oder sogar zu einem vollständigen Verbot führen. «Die Auswertung ist im Gange, ebenso die Analyse der Ergebnisse», sagt Olivier Félix, Leiter der Pestizidevaluierung des Bundesamts für Landwirtschaft. Es ist das zweite Mal innerhalb weniger Jahre, dass Pyrethroide auf diese Weise untersucht werden.

Zwischen 2013 und 2015 wurden die Pyrethroide vor der Verlängerung der Zulassung durch das Bundesamt für Landwirtschaft bereits einmal einer Überprüfung unterzogen. Warum die Behörde damals nicht gehandelt hat, ist nicht klar. Schliesslich beunruhigt die extreme Toxizität der Pyrethroide die Wissenschaftler seit Jahrzehnten.

«Wir haben uns schon Anfang der Nullerjahre Sorgen um diese Produkte gemacht», sagt Inge Werner vom Ökotox-Zentrum, einem Labor der Eawag und der ETH Lausanne. «Aber das Argument, das wir immer wieder hörten, war, dass die Konzentrationen zu niedrig waren, um ein wirkliches Problem zu sein.» (syb/ma)

Artikel zum Thema

Parmelin muss den Giftschrank aufräumen



Kommentar Der Landwirtschaftsminister muss hochgiftige Pestizide verbieten. Sonst tut es das Volk. [Mehr...](#)

ABO+ Mischa Aebi. 00:30

rechnet damit, dass viele Gemeinden wegen des Chlorothalonils in den kommenden Jahren «Millionen investieren» müssten.

Institut warnte schon lange vor Chlorothalonil

Bereits im September hatten die Behörden mitgeteilt, dass in der Schweiz 170 000 Menschen Wasser mit zu hohen Pestizidrückständen trinken. Nun sagt der SGVW-Wasserexperte Olschewski: «Mit dem Entscheid, dass der Höchstwert neu für alle Abbauprodukte von Chlorothalonil gelten soll, wird mit einer Verdoppelung der Anzahl betroffener Personen gerechnet.» Das heisst, dass künftig «300 000 bis 350 000» Menschen in Gebieten wohnen, in denen das Hahnenwasser mehr Giftstoffe enthält, als das Gesetz erlaubt. Immerhin betont Olschewski: «Wir haben in der Schweiz immer noch qualitativ gutes Wasser.»

Olschewskis Berechnungen stützen sich auf Messungen des Wasserforschungsinstituts Eawag. Dieses warnt schon lange vor Chlorothalonil. Denn die Forscher hatten an 31 Stellen zwischen Genf und dem Bodensee Messungen durchgeführt und bei sämtlichen Proben ein besonders heimtückisches Chlorothalonil-Abbauprodukt gefunden. Bei zwei Dritteln der Messstellen liegt dessen Konzentration über dem neu geltenden Grenzwert – im Schnitt ist sie 5-mal so hoch wie erlaubt. In einer Gemeinde sogar 27-mal so hoch. Das Bundesamt für Umwelt besitzt die Daten der Eawag, weigert sich aber, jene Orte zu nennen, in welchen die Werte zu hoch sind. Das sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

Was das Chlorothalonil-Problem für die Trinkwasserversorgungen bedeutet, zeigt sich bereits im Berner Seeland. Roman Wiget, Geschäftsführer der Seeländischen Wasserversorgung, sagt: «In der Trinkwasserversorgung Seeland wird der Grenzwert eines Abbauprodukts von Chlorothalonil gemäss dem neu geltenden Grenzwert bei fünf von sechs Wasserfassungen überschritten.»

Die Situation ist dramatisch – aber sie kann schlimmer sein

Ab dem Januar ist deshalb laut Wiget nur noch eine der sechs Fassungen brauchbar. Im Winter könne man «mit diesem einen Brunnen das Einzugsgebiet noch knapp versorgen». Was die Trinkwasserversorgung aber im Sommer mache, wenn das Wasser knapp werde, sei nicht klar. Wiget sagt: «Das Verbot des Pestizids Chlorothalonil löst bei den Trinkwasserversorgungen im ganzen Mittelland ein Erdbeben aus. Die Situation ist dramatisch.» Man müsse davon ausgehen, das es «in vielen anderen Orten im Mittelland ähnlich oder gar schlimmer ist». Der ETH-Ingenieur braucht deutliche Worte: «Es war äusserst fahrlässig, Spritzmittel wie Chlorothalonil trotz riesiger Wissenslücken und grosser Risiken überhaupt je zuzulassen.»

Wie viel die Seeländer allein wegen des Chlorothalonil-Problems in die Trinkwasseranlagen investieren müssen, ist nicht definitiv geklärt. Es werden gemäss Wiget aber «sicher einige Millionen Franken» sein. Zur Diskussion steht eine spezielle Filteranlage für drei Millionen, zudem müsse man versuchen, weniger belastetes Grundwasser zu erschliessen, was «mehrere Millionen» koste. Wiget betont, dass man dank solcher Massnahmen jederzeit sauberes Trinkwasser liefern könne.

Dass es noch prekärer sein kann, zeigt sich in der Oberaargauer Region Langenthal. Dort deuten Messungen darauf hin, dass Chlorothalonil-Konzentrationen über dem Grenzwert liegen. Oliver Schmidt, Chef der dortigen Trinkwasserversorgung, sagt: «Anders als in anderen Gemeinden können wir das Problem nicht lösen, indem wir das belastete Wasser mit sauberem Wasser mischen. Denn wir haben kein Wasser, dessen Werte tief genug sind.»

Selbst Syngenta rechnet mit Verbot der meisten Pestizide

Der Basler Konzern stellt sich auf eine Landwirtschaft in Europa mit weniger Chemie ein. Er geht davon aus, dass sich das auch auf den Anbau im Rest der Welt auswirkt. [Mehr...](#)

Isabel Strassheim. 30.11.2019

Die Redaktion auf Twitter

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

[@tagesanzeiger folgen](#)

SonntagsZeitung

Dieser Text stammt aus der aktuellen Ausgabe. Jetzt alle Artikel im E-Paper der